

Rats-Update Nr. 16

Sitzung des Duisburger Stadtrates am 27. November 2023

Im Wesentlichen sollte es in dieser Ratssitzung um die Beratung und Verabschiedung des Haushaltsplans für das Jahr 2024 gehen. Die Finanzverwaltung hatte den Haushalt in der vorherigen Sitzung des Duisburger Stadtrates „eingebracht“ - also vorgestellt und zur politischen Beratung vorgelegt. Stadtkämmerer Martin Murrack hatte damals erläutert, dass die Stadt Duisburg in den vergangenen Jahren rund eine Milliarde Euro Altschulden abgebaut hat und nun tatsächlich ein positives Eigenkapital in Höhe von 150 Mio. Euro aufweist (im Jahre 2014 hatte die Stadt noch ein negatives Eigenkapital i.H.v. 447 Mio. Euro). Dies bedeutet, dass die Ausgaben jetzt nicht mehr der Finanzaufsicht der Bezirksregierung unterliegen und die Stadt frei über die Verwendung ihrer Finanzen entscheiden kann.

Zum vorgelegten Haushaltsplan gab es inzwischen (rekordverdächtige) 72 Änderungsanträge, die allein schon den Rahmen einer durchschnittlichen Ratssitzung gefüllt hätten. Da es jedoch nur fünf Ratssitzungen pro Jahr gibt, packten Stadtverwaltung und die Fraktionen zusätzlich noch weitere 101 Themen und Beschlussvorlagen auf die Tagesordnung. Die Vielzahl der Änderungsanträge stammte im Wesentlichen von der inoffiziellen Duisburger GroKo aus SPD und CDU und den Grünen.

Haushaltsdebatte

Am Anfang einer jeden Haushaltsdebatte stehen immer die Reden der Fraktionsvorsitzenden. Während die „regierenden“ Fraktionen (SPD und CDU) ihre eigene Politik und die Arbeit des Oberbürgermeisters loben, versuchen die oppositionellen Fraktionen zu erklären, was in der Stadt schlecht läuft, warum der Haushalt falsche Prioritäten setzt, dass die Finanzen in vielen Bereichen nicht ausreichend seien oder welche Fehler die Verantwortlichen gemacht haben.

Meist geht es dabei „ums Prinzip“, unabhängig von den tatsächlich vorgelegten Zahlen des Haushaltsplans. Die erweiterte FDP-Fraktion hatte sich in den vergangenen Wochen objektiv mit dem Haushaltsplan beschäftigt und festgestellt, dass dieser solide und realistisch aufgestellt wurde. Dazu gab es zahlreiche Verbesserungsanträge von SPD und CDU, die auch (fast) alle die Zustimmung der liberalen Mandatsträger fanden. So kam die FDP-Ratsfraktion letztendlich zu dem Schluss, diesem Haushaltsplan guten Gewissens zustimmen zu können.

Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden

Die Haushaltsreden erfolgen immer in der Reihenfolge der Größe der Fraktionen, was bedeutet, dass der **SPD-Fraktionsvorsitzende** stets die erste Rede hält. **Bruno Sagurna** erklärte, dass die Haushaltsberatungen früherer Jahre oft schmerzlich waren, er sich jetzt aber auf die Beratungen freue. Er beschrieb, dass er in seiner 25jährigen politischen Laufbahn noch nicht erlebt hätte, dass die Stadt Geld in die Finanzrücklage legen konnte. Dann zählte er viele Bereiche auf, für die (nach langen Jahren der Einsparungen) jetzt wieder mehr Geld zur Verfügung stehe.

Ähnlich äußerte sich auch der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Thomas Mahlberg**. Er begann seine Haushaltsrede mit einem Seitenhieb auf die Bundesregierung, die nicht wisse, wie sie den kommenden Haushalt aufstellen solle. Auch viele Ruhrgebietsstädte hätten im Gegensatz zu Duisburg erhebliche Probleme bei der aktuellen Haushaltsaufstellung. Weiterhin kritisiert Thomas Mahlberg, dass es politische Wünsche der Grünen gäbe, die mit den Einnahmen aus dem Verkauf der Steag finanziert werden sollen, obwohl überhaupt noch nicht feststeht, ob, wann und wieviel Geld die Stadt am Ende aus diesem Verkauf erhalten wird. Er lobt, dass es SPD und CDU in den vergangenen Jahren gelungen sei, die Kita-Beiträge, die Grundsteuer und jetzt auch die Gewerbesteuer (etwas) zu senken.

Der **Fraktionsvorsitzende der Grünen Felix Lüttke** erklärte zur Aussage von Thomas Mahlberg zur Verwendung der Gelder aus dem Steag-Verkauf, dass dieser „Quatsch erzähle“. Er kritisierte, dass es immer noch viel zu wenig Mitarbeiter in der Stadtverwaltung gäbe. Diese Haushaltsaufstellung sei „kein Schritt in die Zukunft sondern ein Weiter so“, weshalb die Grünen den vorgelegten Plan ablehnen. Weiterhin bemängelte er die Auslagerung vieler Arbeitsbereiche in städtische Gesellschaften und das schlechte politische Klima unter den Fraktionen. Zuletzt erklärte er, dass seine Fraktion die geplante Senkung der Gewerbesteuer um 10% ablehne, da im Moment der falsche Zeitpunkt dafür sei.

Die nächstgrößere Ratsfraktion ist mit 10 Mitgliedern die der **AfD**. **Der Fraktionsvorsitzende Alan Imamura** freute sich, dass die Stadt jetzt wieder selbst über ihre Finanzen entscheiden darf. Aber er verwies darauf, dass Duisburg in vielen Rankings nach wie vor auf den letzten Plätzen rangiere. Überraschenderweise erklärte er, dass nicht alles schlecht sei, was SPD und CDU beantragt hätten. Da die AfD einen eigenen Haushaltsänderungsantrag gestellt hatte, erläuterte er diesen und warb um Zustimmung.

Es folgte der **Fraktionsvorsitzende** der 6er-Fraktion **der Linken, Ercan Kocalar**. Auch er lobte, dass rund 1 Milliarde Euro Schulden abgebaut wurden, aber das hätten auch andere Städte geschafft. Er erklärte, dass sich die schlechte soziale Situation vieler Menschen in Duisburg dadurch nicht geändert hätte. Der jahrzehntelange Sparkurs hätte die Stadt und seine Bürger „ausgezehrt“. Insgesamt malte er ein düsteres Bild in den Bereichen Schulen, Bildung, zu vielen Arbeitslosen und dem maroden Zustand städtischer Gebäude.

Der nächste Redner war **Stephan Wedding von der Fraktion JuDu**. Auch diese Fraktion hatte einen eigenen Änderungsantrag zum Haushaltsplan erarbeitet und vorgelegt, aus dem er zitierte und für den er um Zustimmung warb. Er beschrieb seine Vorstellungen in den Bereichen Sicherheit, Schulsozialarbeit, gewerbefreundliches Stadtklima, Verkehrswende und Kultur.

Die Rede des FDP-Fraktionsvorsitzenden Wilhelm Bies bilden wir hier vollständig ab:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, ich werde mich bemühen, dem Umfang des Haushaltes der Stadt Duisburg über rund zwei Milliarden Euro in den mir vorgegebenen sechs Minuten abschließend und hinreichend detailreich zu kommentieren, zu loben und auch zu kritisieren. Somit gilt mein Dank zunächst der gelb-schwarzen Vorgängerregierung im Land, die mit großem Augenmaß und Geschick die gesetzlichen Grundlagen für die Möglichkeit der Konsolidierung der Haushalte der Städte und Gemeinden geschaffen haben!

Der Stadt Duisburg ist es genau deshalb gelungen, sich aus einer prekären Lage heraus wieder handlungsfähig zu machen. Der erwirtschaftete Jahresüberschuss und die positive Prognose für die kommenden Jahre sind ein deutliches Zeichen dafür, dass die getroffenen Maßnahmen Früchte tragen. Die Senkung der Grundsteuer, der Gewerbesteuer und der Elternbeiträge für Kindergärten und für den offenen Ganztags sind Schritte in die richtige Richtung. Das Ziel der FDP ist es, dass Duisburg alsbald den Titel „Steuerparadies des westlichen Ruhrgebiets“ erhält. Denn nach unserer Überzeugung sind versicherungspflichtige Arbeitsplätze die beste Sozialpolitik, die man machen kann.

Und so ist es nur folgerichtig, dass wir - unabhängig der politischen Farbenlehre - gute und richtige Anträge der SPD/CDU in diese Richtung unterstützen und plan- und strukturlose grüne Steuerverwendungs-Orgien ablehnen. Also: Vom Haushaltssicherungskonzept zur selbstbestimmten Haushaltswirtschaft: Duisburg hat gezeigt, dass es möglich ist! Nach 12 Jahren Überschuldung und einem Höchststand von 447 Mio. Euro Überschuldung im Jahr 2014, haben wir jetzt ein positives Eigenkapital von 179 Mio. Euro. Die Liquiditätskredite wurden erheblich reduziert, und die Stadt beendet die Zeit der genehmigungspflichtigen Haushalte.

Stadtdirektor und Stadtkämmerer Martin Murrack hat einen ausgeglichenen Haushalt für das Jahr 2024 vorgelegt, was unter den schwierigen Rahmenbedingungen eine bemerkenswerte Leistung ist. Und obwohl wir als Opposition den tradierten Regeln folgend – dagegen sein müssten – ahnen Sie schon jetzt, dass wir dem Haushalt zustimmen werden. Auch wenn ich den Spannungsbogen nun etwas zerstört habe, so lassen Sie mich bitte schon an dieser Stelle der Verwaltung für die geleistete Arbeit danken. Wir bedanken uns bei Ihnen nicht nur für die Haushaltsaufstellung, sondern auch für die gesamte Arbeit, die Sie im Jahr geleistet haben. Ich bitte deshalb die Dezernenten, den Dank zu übermitteln und jedem aus der Verwaltung in unserem Namen ein herzliches „Glück und Erfolg“ zu überbringen.

Im Folgenden werde ich kurz auf die Punkte eingehen, die uns als absolut wichtig und notwendig im Haushalt erscheinen und deshalb auch überwiegend unsere Zustimmung im Haushalt gefunden haben. Infrastruktur: Die Erhaltung und Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur, einschließlich der Straßen, Brücken, öffentlichen Verkehrsmittel und öffentlichen Gebäuden, ist eine wichtige Priorität für die Stadt. Sehr geehrte Damen und Herren, nur wenn der Verkehr fließt, „läuft alles“. Hier wurden entsprechende Mittel eingestellt. Allerdings können wir uns mit dem viel zu kleinen Programm der Fenstererneuerung nicht anfreunden. Da sagen wir: Ganz oder gar nicht. Aber insgesamt gibt es einen „Daumen hoch“.

Bildung und Soziales: Die Förderung des Bildungssektors, einschließlich der Finanzierung von Schulen und Bildungsprogrammen, ist ein wichtiger Bestandteil des Haushalts. Hier wurde im Rahmen dessen, was möglich ist, ein Zuschlag gegeben. Dennoch ist es hier noch ein weiter Weg, bis man zufrieden sein kann. Viele Schulen sind im maroden Zustand und die Schülerinnen und Schüler sitzen zu häufig in Containern statt in Klassenzimmern. Auch die KiTa-Gebühren sind trotz der leichten Absenkungen noch viel zu hoch, sodass sich Duisburg noch lange nicht als familienfreundliche Stadt bezeichnen kann. Insbesondere eine weitere Stärkung der Kindertagespflege wäre wichtig, um die Kitas zu entlasten.

Umwelt: Die Förderung nachhaltiger Praktiken und die Finanzierung von Projekten zur Verbesserung der Umweltqualität, sind auch Bausteine des Haushalts. Hier haben sich Stadtwerke / DVG / DVV bekanntermaßen etwas Großes vorgenommen. Hier müssen aber nicht nur die städtischen Gesellschaften, sondern auch besonders die privaten genannt werden. Dazu gehört selbstverständlich Thyssen und Haniel, um nur die „Großen“ zu nennen. Viele andere KMUs betreiben Umweltschutz und ökologische Produktoptimierung bei der Produktion bzw. ihren Dienstleistungen schon längst. Auch hier ist ein Dankeschön für die Kooperation angebracht.

Wirtschaftliche Entwicklung: Die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, einschließlich der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Unterstützung lokaler Unternehmen, sind ein wichtiger Faktor bei der Erstellung des Haushalts. Darum begrüßen wir es ausdrücklich, wenn das gewerbliche Flächenmanagement optimiert wird und Investoren schnell und effizient geholfen werden kann. Nur mal unter uns dreien, Herr Oberbürgermeister und Herr Kämmerer: In allen größeren Städten der Welt ist es üblich, dass Hubschrauberlandeplätze für Investoren in der Nähe der Wirtschaftsförderer gebaut sind. Hier sehe ich noch Bedarf.

Aber apropos teure Visionen: Ich lese und höre schon wieder an allen politischen Ecken und Kanten, dass die Augen leuchten und die Finger schon wieder ganz klebrig bei einigen kommunalen Ratskollegen werden, wenn es um die Steag geht. Bemerkenswert ist, dass diejenigen, die sich 15 Jahre lang vornehm mit Lösungsvorschlägen zurückgehalten haben, nun aus den – ich kann es nicht anders sagen – „Löchern“ kommen, und hunderte von Millionen Euro Steuergeld ausgeben möchten, ohne auch nur die Ahnung bis heute davon zu haben, wie die Schlussrechnung aussehen wird. Vielleicht bin ich nicht hinreichend informiert, dann könnte mir nachher unter vier Augen jemand sagen, wie die bilanztechnische bzw. steuerrechtliche Umsetzung des Verkaufs der Steinkohlekraftwerke in Mindanao auf den Philippinen oder in Iskenderun, Türkei, fortgeschritten ist. Nur dann lassen sich aufgrund einer Bilanz Zahlen nennen. Alles andere ist unseriös.

Aufgrund der Redezeit nur noch eine kurze Bemerkung rund um die Kunst und Kultur: Auch hier fanden wir in großen Teilen die Haushaltsansätze und die Anträge von SPD/CDU zielführend. Ein bloßes „Wir brauchen doppelt so viel von allem“ ist in unseren Augen schlichtweg fehlgeleitete Gier, und man versucht sich mit fremden Geldern zu schmücken. Mutter Natur und Vater Staat erwirtschaften nämlich keinen Wohlstand in dieser Stadt. Es sind die hart arbeitenden, steuerzahlenden Menschen.

Wir wissen auch alle, dass uns das kommende Gemeindefinanzierungsgesetz 2024 vor Probleme stellt. Hier zeichnet sich nicht nur keine Verbesserung ab, sondern sogar eine erhebliche Verschlechterung. Die Zuweisungen für Duisburg sollen erheblich reduziert werden. Auch wenn uns an dieser Stelle der Wind ins Gesicht bläst, bin ich zuversichtlich, dass wir gemeinsam die richtigen Entscheidungen treffen werden, um die finanzielle Stabilität der Stadt zu sichern. Wir werden den Weg der Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft konsequent weiterverfolgen. Ich danke Ihnen recht herzlich für Ihre Geduld und Aufmerksamkeit.“

(Ende der Rede von Wilhelm Bies)

Zuletzt folgte der Redebeitrag des Vorsitzenden der **Fraktion Tierschutz/DAL, Ayhan Yildirim**. Da auch diese Fraktion einen umfangreichen Änderungskatalog zum Haushaltsplan erarbeitet hatte, berichtet er aus diesem Antrag und wirbt um Zustimmung.

Die Redezeiten der einzelnen Fraktionen für Haushaltsreden sind in der Geschäftsordnung des Stadtrates festgelegt. So können die beiden großen Fraktionen (ab 24 Mitgliedern) jeweils 12 Minuten reden. Fraktionen zwischen 16 und 23 Mitgliedern (Grüne) haben 10 Minuten Redezeit. Fraktionen zwischen 8 und 15 Mitgliedern (AfD) stehen 8 Minuten zur Verfügung. Für kleinere Fraktionen zwischen 7 und 3 Mitgliedern, wie der 3er-Fraktion der FDP, ergibt sich eine Redezeit von maximal 6 Minuten.

Haushaltsanträge

Im Folgenden werden die Titel der beschlossenen Änderungsanträge von SPD und CDU aufgelistet. In allen genannten Bereichen wird zukünftig mehr Geld zur Verfügung stehen:

- Erhöhung der Mittel für die 7 Stadtbezirke
- Senkung der Gewerbesteuer um 10% in 2024 und nochmals 10% in 2025
- Erhöhung der Pauschalmittel der Verbände des Jugendrings
- Erhöhung des Budgets für Ferienmaßnahmen der Duisburger Jugendverbände
- Förderung der praxisintegrierten Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher
- Frühe Hilfen für junge (werdende) Mütter und Väter
- Offene Kinder- und Jugendarbeit in Duisburg stärken
- Personelle Aufstockung des Blauen Hauses in Hochfeld
- Finanzielle Mittel für politische Bildungsfahrten von Schülerinnen und Schülern an Duisburger Schulen
- Kostenloser ÖPNV für Schülerinnen und Schüler zu außerschulischen Lernorten
- Sprachförderung konzeptionell stärken
- Sicherung der Schulsozialarbeit in Duisburg
- Zentrale Anlauf-, Beratungs- und Vermittlungsstelle im Duisburger Norden (ZABV-Nord)
- Projektbudget für die AG Handicap
- Mehr Hygieneboxen an Schulen
- Digitale Endgeräte für städtische Auszubildende
- Sozialstellenplan der Stadt Duisburg
- Förderung von Schallschutzmaßnahmen
- Umsetzung politisch beschlossener Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz
- Mehr Mittel für die `cubus kunsthalle`
- Erhalt der Duisburger Museumsschiffe
- Erhöhung des Budgets für kulturelle Sonderveranstaltungen
- Förderung des `filmforums`
- Förderung des Kulturbeirats
- Förderung kultureller Veranstaltungen im Stadtgebiet
- Förderung des Projekts `Bücherbus`
- Förderung von kulturellen Einrichtungen
- Gastspieletat des Theaters Duisburg
- Mittelerhöhung für das Lehmbruck Museum
- Unterstützung der Künstlerverbände
- Sicherheitsdienst an Seen und Parkanlagen
- Personelle Aufstockung des Personaletats Dezernat VII
- Die gesamte Stadt im Blick – Kultur in den Bezirken fördern
- Abschaffung der Vergnügungssteuer auf Tanzveranstaltungen

Dazu lagen noch weitere **30 Änderungsanträge der Grünen** zum Haushaltsplan 2024 vor, sowie die Anträge von AfD, Linken, JuDu und Tierschutz/DAL, die alle mehrheitlich abgelehnt wurden.

Extrem lange Beratungen wegen Livestream

Da die Ratssitzungen derzeit (in einem Pilotprojekt) als Livestream im Internet übertragen werden, nutzten vor allem die Ratsmitglieder der Grünen, der SPD und der CDU jede Chance zur Wortmeldung. So wurde jeder einzelne Änderungsantrag zum Haushalt langatmig von den Antragstellern begründet und von allen anderen Fraktionen ausführlich erklärt, warum sie dem jeweiligen Antrag zustimmen wollen oder diesen ablehnen werden.

So kam es, dass die Haushaltsberatungen, die um 15:00 Uhr begonnen hatten, erst um 21:00 Uhr abgeschlossen waren. Zu dieser Uhrzeit ist meist schon das übliche Ende der Ratssitzungen gekommen. An diesem Tag begannen erst die weiteren Beratungen zu 101 öffentlichen und weiteren 14 nicht-öffentlichen Tagesordnungspunkten.

Beschlossen wurde der Haushalt für das Jahr 2024 letztendlich mit den Stimmen von SPD, CDU und der FDP. Alle anderen Fraktionen stimmten dagegen.

Weitere Beratungspunkte dieser Ratssitzung

Erst ab 21:00 Uhr begannen die Beratungen zu zahlreichen weiteren Themen. Im Gegensatz zu früheren Ratssitzungen, wurde trotz der späten Uhrzeit auch hier kaum eine Wortmeldung (und Erwiderung) vermieden.

„Jüdisches Leben in Duisburg schützen - Antisemitismus entschieden entgegenzutreten“

Nach dem Terroranschlag der Hamas und dem Kriegsbeginn in Israel/Gaza, gab es in Duisburg Demonstrationen und Äußerungen von einzelnen Mandatsträgern (in den sozialen Medien), die dem Oberbürgermeister und dem Rat unangebracht oder sogar skandalös erschienen. Als Reaktion darauf haben die Fraktionen von SPD, CDU, Grüne, JuDu und FDP eine gemeinsame Resolution mit der Überschrift „*Jüdisches Leben in Duisburg schützen - Antisemitismus entschieden entgegenzutreten*“ verfasst, die beraten und beschlossen wurde. Die Fraktion der Linken hatte einen eigenen Resolutionstext mit dem Titel „*Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus gemeinsam bekämpfen*“ verfasst, der ebenfalls beraten wurde, sich letztendlich jedoch nicht durchsetzen konnte.

Einrichtung eines Kommunalen Entwicklungsbeirat (KEB)

Der Rat beschloss auf Vorschlag der Verwaltung die Einrichtung eines sogenannten kommunalen Entwicklungsbeirats (KEB). Dieser soll sich aus 30 Personen aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung zusammensetzen, um Empfehlungen für die lokale Politik zu erarbeiten. Das Ergebnis eines KEB sind „*gemeinwohlorientierte Handlungsempfehlungen*“, die „*Visionen, Leitsätze, Ziele, Kriterien und/oder konkrete Maßnahmen*“ enthalten können.

Da sich der FDP-Fraktion in den Vorberatungen nicht erschloss, wozu es neben den gewählten politischen Mandatsträgern, Parteien, Ausschüssen, Beiräten, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Vereinen und sonstigen zahlreichen Körperschaften noch ein weiteres städtisches Beratungsgremium geben sollte, stimmte sie als einzige Fraktion gegen diese Vorlage.

Neues Amt für Integration und Einwanderungsservice

Lange lobende Wortbeiträge löste die Entscheidung von Dezernent Michael Rüscher aus, vorhandene Ämter umzustrukturieren und eine neues Amt für Integration und Einwanderungsservice zu gründen.

Gründung einer Wasserstoffgesellschaft

Die Gesellschaften Duisburger Hafen AG, Westenergie AG, RheinEnergie AG und die DVV haben beschlossen, ihre Zusammenarbeit im Kooperationsfeld Wasserstoff zu intensivieren, indem sie eine gemeinsame Wasserstoffgesellschaft mit Sitz in Duisburg gründen.

Haus des Jugendrechts

Einstimmig beschloss der Rat die Einrichtung eines „Hauses des Jugendrechts“ am Standort Mercatorstraße 74-78. In Häusern des Jugendrechts werden die Aufgaben der Jugendhilfe im Strafverfahren, der Polizei und der Staatsanwaltschaft „unter einem Dach“ wahrgenommen.

Gründung der "Projektgesellschaft Technologiezentrum Wedau mbH"

Ebenfalls einstimmig beschloss der Rat die Gründung einer "Projektgesellschaft Technologiezentrum Wedau" zur Entwicklung des nördlichen Neubaugebietes, an der die Gebag und die DBI beteiligt sind.

Gebühren und Bebauungspläne

Wie üblich, enthielt die Tagesordnung wieder zahlreiche Wirtschaftspläne städtischer Gesellschaften, sowie Bebauungspläne und Gebührenbeschlüsse für Abfall, Wasser, Straßenreinigung und Friedhöfe.

Um 22:30 Uhr beendete der Oberbürgermeister die öffentliche Ratssitzung, der eine nichtöffentliche Sitzung, mit 14 Tagesordnungspunkten (bis um 23:00 Uhr) folgte. Die nächste Sitzung des Duisburger Stadtrates ist erst wieder am 19. Februar 2024 geplant. Bis dahin wünsche ich Ihnen, auch im Namen unserer drei FDP-Ratsmitglieder **Wilhelm Bies**, **Oliver Alefs** und **Kira Schulze Lohoff**, eine erholsame Weihnachtszeit und eine guten Start ins neue Jahr.

Thomas Wolters


FDP-Fraktionsgeschäftsführer